

5. Die Kommunisten sahen es nach 1945 als ihre Aufgabe an, zunächst die bürgerlich-demokratische Revolution zu vollenden⁷. Sie ist nach marxistisch-leninistischer Staatslehre die notwendige Vorstufe für die sozialistische Revolution. Deshalb trug der Verfassungsentwurf der SED weitgehend bürgerlich-demokratische Züge. Er enthielt einen Grundrechtskatalog, schrieb die allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahl des Parlaments und die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament vor. Die SED konnte auch Vorschlägen anderer Parteien zustimmen, die der Verfassung ein noch stärker bürgerlich-parlamentarisches Gepräge gaben. So waren die Schaffung des Amtes des Präsidenten der Republik als Staatsoberhaupt, die Einrichtung der Länderkammer als zweite Kammer zur Wahrnehmung der Rechte der Länder bei der Gesetzgebung, die Bindung der Staatsgewalt an die Grundsätze, die den Inhalt der Staatsgewalt bestimmen (Art. 4 Abs. 1 Satz 1), der Verfassungsausschuß zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Gesetze (Art. 66) bescheidene Früchte dieser Bemühungen. Grotewohl erklärte am 29. 5. 1949 auf dem »Dritten Deutschen Volkskongreß«:

»Der Entwurf bekennt sich eindeutig und klar zur parlamentarischen Republik und bemüht sich, diesem Grundsatz gemäß die entscheidende Rolle des Parlaments, das die Repräsentation des deutschen Volkes selbst ist, konsequent auszubauen.«⁸

Die Verfassung erhielt Kompromißcharakter. Doch war der Kompromiß trügerisch. Die Anhänger der »bürgerlichen Parteien«, die bei ihrer Schaffung mitwirkten, glaubten an ihre Dauer. Für die Kommunisten war sie nur eine Etappe in der Entwicklung⁹.

Die bürgerlich-demokratische Etappe wurde bald durch die sozialistische abgelöst. Fred Oelssner, lange Zeit hindurch Chefideologe der SED, schrieb dazu:

⁷ Schütze, Volksdemokratie in Mitteldeutschland, 1960, S. 61 ff.

⁸ Grotewohl, Im Kampf um die einigige Deutsche Demokratische Republik, Berlin-Ost, 1959, Bd. I, S. 435

⁹ »Die vorwärtstreibende Bedeutung der Verfassung besteht darin, daß sie der weiteren Entwicklung der Demokratie des werktätigen Volkes, der »Entwicklung der Demokratie bis ans Ende« (Lenin), alle Tore öffnete, den Weg zum Aufbau des Sozialismus zeigte, den jede konsequente Demokratie auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung möglich macht und erfordert« (Weichelt, Über die erste Etappe der Entwicklung des Volksdemokratischen Staates in Deutschland, Festschrift für Arthur Baumgarten, Berlin-Ost, 1960, S. 148); dazu auch Mampel, Über die Bedeutung der Staatslehre des Marxismus^ Leninismus für die verfassungsrechtliche Entwicklung in Mitteldeutschland, ROW, 1960, S. 45